



ISP

Staatsinstitut für Schulpädagogik

Kollegstufe.

**Die neugestaltete
gymnasiale Oberstufe
in Bayern**

**Curricularer Lehrplan
für Sozialkunde
in der Kollegstufe**

Z-V BY

S-8(1978)

Auer

Georg-Eckert-Institut BS78



1 130 989 X

KOLLEGSTUFE

Die neugestaltete
gymnasiale Oberstufe in Bayern

Band III

Curriculare Lehrpläne für das
gesellschaftswissenschaftliche
Aufgabenfeld

Sonderdruck:
Curricularer Lehrplan für
Sozialkunde



STAATSIINSTITUT
FÜR SCHULPÄDAGOGIK
IN MÜNCHEN

Georg-Eckert-Institut
für internationale Schulbuchforschung
Braunschweig
- Bibliothek -

Zug.-Nr. 4/1641/78

18 V-5
(1820)8-2

KOLLEGSTUFE

Die neugestaltete
Gymnasiale Oberstufe in Bayern

Band III

Curriculare Lehrpläne für das
gesellschaftswissenschaftliche
Aufgabenfeld

Sonderdruck:
Curriculärer Lehrplan für
Sozialkunde



Georg-August-Universität
für internationale Schulbuchforschung
Braunschweig
- Bibliothek -



STAATSWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT
FÜR SCHULPÄDAGOGIK
IN MÜNCHEN

Z-V BY
S-8(1978)

Zug-Nr. 1

Inhaltsübersicht

Leistungskurs	5
Hinweise	5
1. Kurshalbjahr	
Sachbereich: Grundfragen der modernen westlichen Industriegesellschaft, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland	6
Teil I: Probleme der Gliederung einer hochentwickelten Industriegesellschaft	6
Teil II: Grundzüge und Grundprobleme einer hochentwickelten Industriegesellschaft	10
Teil III: Soziale Sicherung als Beispiel für die erweiterten und veränderten Staatsaufgaben in einer hochentwickelten Industriegesellschaft	12
2. Kurshalbjahr	
Sachbereich: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen politischer Ordnungsvorstellungen	14
Teil I: Politische Ordnungsvorstellungen in ihrer anthropologischen und historischen Herleitung	14
Teil II: Vergleich der politischen Ordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ..	16
3. Kurshalbjahr:	
Sachbereich: Der politische Prozeß	22
Teil I: Pluralismus als Strukturprinzip freiheitlicher Demokratie	22
Teil II: Medien als Vermittler im politischen Prozeß	24
Teil III: Die unterschiedliche Rolle von Verbänden und Parteien im politischen Prozeß	24
Teil IV: Die Wahl	28
Teil V: Parlament, Regierung, Opposition im politischen Prozeß	30
4. Kurshalbjahr	
Sachbereich: Internationale Politik	34

Grundkurs

1. Kurshalbjahr
Sachbereich: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland als Beispiel für den Aufbau einer hochentwickelten Industriegesellschaft 40
2. Kurshalbjahr
Sachbereich: Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland 44
3. Kurshalbjahr
Sachbereich: Der politische Prozeß 50
4. Kurshalbjahr
Sachbereich: Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des westlichen Sicherheitssystems 58

Amtliche Quelle:

Curricularer Lehrplan für Sozialkunde in der Kollegstufe, Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 1. März 1977, KMBI I So.-Nr. 21 S. 737

Leistungskurs

Hinweise

Das erste Kurshalbjahr des Leistungskurses Sozialkunde behandelt Grundfragen der modernen westlichen Industriegesellschaft am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland.

In Teil I werden „Probleme der Gliederung einer hochentwickelten Industriegesellschaft“ dargestellt. Durch diese Einführung in wissenschaftsmethodische Fragestellungen soll ein Beitrag zur Erfüllung des Leitziels „Erwerb einer verbesserten Studierfähigkeit“ geleistet werden, um den Kollegiaten mit wissenschaftlichen Arbeitsweisen vertraut zu machen.

Teil II vermittelt einen Einblick in „Grundzüge und Grundprobleme einer hochentwickelten Industriegesellschaft“. Die Formulierung der drei Lernziele macht deutlich, daß vermieden werden muß, eine breitgefächerte Analyse der westlichen Industriegesellschaft vorzunehmen. Vielmehr ist an Beispielen die Existenz typischer Probleme einer Industriegesellschaft einsichtig zu machen und die Erkenntnis zu vermitteln, daß dem Staat hieraus spezifische Aufgaben erwachsen.

Teil III – „Soziale Sicherung als Beispiel für die erweiterten und veränderten Staatsaufgaben in einer hochentwickelten Industriegesellschaft“ – stellt in den Lernzielen 1–8 die genannte Sachproblematik vor.

Das zweite Kurshalbjahr des Leistungskurses Sozialkunde behandelt die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen politischer Ordnungsvorstellungen. In Teil I werden politische Ordnungsvorstellungen in ihrer anthropologischen und historischen Herleitung dargestellt, in Teil II wird ein Vergleich der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR durchgeführt.

Das dritte Kurshalbjahr des Leistungskurses Sozialkunde behandelt den politischen Prozeß. In Teil I werden der Pluralismus als Strukturprinzip freiheitlicher Demokratie, in Teil II Medien als Vermittler im politischen Prozeß, in Teil III die unterschiedliche Rolle von Verbänden und Parteien im politischen Prozeß, in Teil IV die Wahl und in Teil V Parlament, Regierung, Opposition im politischen Prozeß behandelt. Dabei soll politische Willensbildung als Vermittlungsprozeß zwischen Individuum und Gruppen bzw. Gruppen und zentralen politischen Kommunikations- und Entscheidungssystemen erkannt werden.

Das vierte Kurshalbjahr behandelt Internationale Politik. Nach einer allgemeinen Einführung werden aus dem Blickwinkel der Bundesrepublik Deutschland Themen der Friedenssicherung, der westlichen Sicherheitspolitik, der Integrationsbemühungen und der Europäischen Gemeinschaft behandelt.

Die Verbindung von Kurshalbjahr 2 und 3 ist in einem kombinierten Leistungskurs nicht möglich.

1. Kurshalbjahr

Sachbereich: Grundfragen der modernen westlichen Industriegesellschaft, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

Lernziele

Lerninhalte

Teil I: Probleme der Gliederung einer hochentwickelten Industriegesellschaft

1. Einsicht, daß die Bestimmung von Merkmalen zur Gliederung einer Gesellschaft methodische Probleme aufwirft

1.1 Kenntnis von objektiven Merkmalen zur Gliederung einer Gesellschaft

Beruf, Bildung, Einkommen, Besitz, Herkunft

1.2 Einsicht, daß die Bestimmung von Merkmalen mit Wertungen verbunden ist

Auswahl und Gewichtung möglicher Merkmale als Ausdruck
 – bestimmter erkenntnistheoretischer Positionen
 – bestimmter Untersuchungsinteressen

2. Kenntnis von Theorieansätzen, in denen unterschiedliche Auswahl und Gewichtung von Merkmalen zum Ausdruck kommen

2.1 Kenntnis der für den marxistischen Theorieansatz grundlegenden Auswahl und Gewichtung der Merkmale

Der Begriff „Klasse“ nach Marx als eindimensionaler Theorieansatz

2.2 Kenntnis der für den empirisch-analytischen Theorieansatz grundlegenden Auswahl und Gewichtung der Merkmale

Der Begriff „Schicht“ als mehrdimensionaler Theorieansatz

Zusammenhang von:
 Position, Rolle, Status, Statusindex, Schicht, Schichtung einer Gesellschaft

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
<p>Unterrichtsgespräch: Ermittlung möglicher Merkmale zur Gliederung einer Gesellschaft am Beispiel eines Teilsystems (Schule, Verein, Gemeinde)</p> <p>Auswertung von Statistiken mit den wesentlichen Merkmalen</p> <p>Problemdiskussion:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begründung für die Merkmalsauswahl im Unterrichtsverfahren 1.1 - Interpretation einer Tabelle zur Berufsstruktur und einer Tabelle zur Entwicklung der Quote der Nichtselbständigen an den Erwerbstätigen hinsichtlich der unterschiedlichen Auswertungsmöglichkeiten 	<p>Untersuchung von historischen Quellen und Gebrauchstexten (z. B. Heiratsanzeigen) hinsichtlich der Unterscheidung von subjektiven und objektiven Gliederungsmerkmalen,</p> <p>Verbalisieren von Statistiken</p> <p>Diskussionsbeiträge, Ergebnisprotokoll</p>
<p>Kurzreferat eines Kollegiaten</p> <p>Schriftliche Umfrage im Kurs: Bewertung bestimmter Berufe</p> <p>Problemdiskussion: Differenzen und Übereinstimmung der Befragungsergebnisse</p> <p>Lehrervortrag: Erläuterung der Zusammenhänge, Auswertung einer Graphik zum Statusaufbau eines gesellschaftlichen Teilsystems (z. B. Betrieb)</p>	<p>Überprüfung der Kriterien des Klassenbegriffs anhand der Ergebnisse von Lernziel 1.1</p> <p>Diskussionsbeiträge, Ergebnisprotokoll</p> <p>Ergebnissicherung: Begriffsdefinition „Status“, Erarbeitung der Gemeinsamkeiten der Schichtbegriffe bei verschiedenen Wissenschaftlern</p>

Lernziele	Lerninhalte
<p>3. Einsicht, daß Theorien über die gesellschaftliche Gliederung auch Grundannahmen über das Verhältnis der Gesellschaftsmitglieder zueinander beinhalten</p>	<p>Zweiklassengesellschaft nach Marx als dichotomisch/antagonistisches Modell; marxistischer Arbeitsbegriff, Entfremdung z. B. Theorie des sozialen Systems nach T. B. Parsons als integratives Modell Begriff der Arbeit in einer Gesellschaft mit pluralistischer Wertsetzung</p>
<p>4. Überblick über die methodischen Probleme der Darstellung der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland nach einem empirisch-analytischen Ansatz</p> <p>4.1 Kenntnis von Statusindizes für die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>4.2 Überblick über die methodischen Schwierigkeiten der Anwendung des empirisch-analytischen Verfahrens</p>	<p>Verschiedene Indizes (z. B. bei Bolte, Dahrendorf)</p> <p>Technik der empirisch-statistischen Erhebung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auswahl und Gewichtung der Indizes, unterschiedliche Merkmalskombinationen - Operationalisierung (Validität, Signifikanz) - Selbsteinschätzung und Fremdeinschätzung
<p>5. Einsicht in die Leistungsfähigkeit des empirisch-analytischen Verfahrens</p> <p>5.1 Kenntnis von Modellen zur Schichtung der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>5.2 Bewußtsein, daß der empirisch-analytische Ansatz für die Erklärung unterschiedlicher sozialer Wirklichkeit offen ist</p>	<p>z. B. nach Bolte, Dahrendorf, Scheuch</p> <p>Notwendigkeit der Veränderung des Statusindex bei unterschiedlicher Bewertung einzelner Merkmale in der jeweiligen Gesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> - zu unterschiedlichen Zeiten - in verschiedenen Räumen - in verschiedenen Gesellschaftsordnungen, aufgewiesen an einem Beispiel (Grundbesitz, Herkunft)

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
<p>Quellenarbeit – Text von Marx</p> <p>– Text z. B. von T. B. Parsons</p> <p>Erarbeitung des Begriffs „Arbeit“</p> <p>Auswertung von Statistiken über die Berufsauffassung von Jugendlichen</p>	<p>Überprüfung des Textes eines zeitgenössischen Theoretikers in Hinblick auf die Grundstruktur des Zweiklassenmodells</p> <p>Überprüfung anderer Modellansätze in Hinblick auf die Grundstruktur des integrativen Modells</p> <p>Zuordnung von Begriffsdefinitionen</p> <p>Verbalisieren von Statistiken</p>
<p>Analyse wissenschaftlicher Texte, Vergleich mit Indizes anderer Gesellschaften</p> <p>Ergebnissicherung: Vergleichende Gegenüberstellung im Tafelanschrieb</p> <p>Unterrichtsgespräch: Ermittlung von Indizes für eine Erhebung (Verbraucherverhalten des Jugendlichen)</p> <p>Diskussion: Fixierung der Schwierigkeiten</p>	<p>Herausarbeiten von Statusindizes aus nicht-wissenschaftlichen Texten</p> <p>Erstellung eines Thesenpapiers über das Ergebnis</p> <p>Transfer: Ermittlung von Indizes für die Erhebung eines anderen Sachverhalts (z. B. Freizeitverhalten)</p>
<p>Einsatz von Folien mit Modellskizzen</p> <p>Unterrichtsgespräch: Vergleich mit Modellen der Ständegesellschaft und der Klassengesellschaft</p> <p>Gruppenarbeit: Vergleich von Graphiken zu</p> <p>– Aufbau einer Stände- und einer Industriegesellschaft</p> <p>– regionalen Unterschieden in einem Land (z. B. Italien, USA)</p>	<p>Verbalisierung von Modellskizzen, Herausarbeiten von Unterschieden und Gemeinsamkeiten</p> <p>Erstellung von Thesenpapieren über das Ergebnis der Gruppenarbeit</p> <p>Diskussionsbeiträge zum Thema „Problem der Begrifflichkeit“</p>
<p>Unterrichtsgespräch: Bewertung des Index „Grundbesitz“ in westlichen und sozialistischen Gesellschaften</p> <p>Ergebnissicherung</p>	

Lernziele	Lerninhalte
5.3 Einsicht, daß aufgrund differenzierter Schichtungen schichtenspezifisches Verhalten erfaßt werden kann	Unterschiedliches Verbraucherverhalten als Ausdruck schichtenspezifischen Verhaltens
5.4 Einsicht, daß Schichtenmodelle Aussagen über soziale Mobilität implizieren	Zusammenhang von Schicht und Mobilität in Abgrenzung gegenüber der Immobilität einer Klassengesellschaft

Teil II: Grundzüge und Grundprobleme einer hochentwickelten Industriegesellschaft

1. Einblick in die charakteristischen Grundzüge der modernen Industriegesellschaft	<p>Der Zusammenhang zwischen</p> <ul style="list-style-type: none"> - zunehmender Arbeitsteilung - Eigengesetzlichkeit der technologischen Entwicklung - zunehmender vertikaler und horizontaler Mobilität - zunehmender Komplexität - zunehmender Interdependenz in der Gesellschaft <p>Zunehmende zwischenstaatliche Abhängigkeiten</p>
2. Einsicht in das Vorhandensein von Problemen, die für die moderne Industriegesellschaft typisch sind	<ul style="list-style-type: none"> - Veränderung und Auflösung primärer sozialer Bindungen - Vereinsamung - Vermassung - Relativierung von Wertvorstellungen - Gruppenkonflikte <p>als Beispiele für typische Probleme der modernen Industriegesellschaft</p>
3. Einsicht, daß dem Staat aus den für die moderne Industriegesellschaft typischen Problemen erweiterte und veränderte Aufgaben erwachsen	<p>Zunahme der Sozialfunktion auf Grund der vermehrten Schutzbedürftigkeit des einzelnen</p> <p>Erweiterte und veränderte Ordnungsfunktion, z. B. im Hinblick auf</p> <ul style="list-style-type: none"> - Interessenausgleich zwischen den Gruppen und zwischen dem einzelnen und den Gruppen - soziale Sicherung

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
<p>Auswertung von Statistiken</p> <p>Kollegiaten-Kurzreferat: Abgrenzung von „Schicht“, „Stand“, „Kaste“, „Klasse“ Hinweis auf die Darstellungsweise in den Modellskizzen Ergebnissicherung</p>	<p>Erstellen von Thesenpapieren zum Konsumverhalten Transfer: Auswerten von Statistiken zum Wählerverhalten Diskussionsbeiträge zum Thema „Relevanz des Schichtungsmodells für die Gliederung von Industriegesellschaften“</p>
<p>Darstellung im Lehrervortrag unter Berücksichtigung der Bedingungsfaktoren Erarbeitung einer Strukturskizze</p>	<p>Ergebniszusammenfassung</p>
<p>Unterrichtsgespräch – Textanalyse und Textvergleich – Bezugnahme auf die im LZ 1 erarbeiteten Grundzüge</p>	<p>Selbständige Erarbeitung weiterer typischer Probleme aus Quellen</p>
<p>Vergleichende Auswertung von Statistiken, gesetzlichen Regelungen</p> <p>Zu erarbeiten an Beispielen wie „Konzertierte Aktion“ oder Verfassungsvergleich 1871/1919/GG im Hinblick auf den Sachbereich</p>	<p>Erarbeitung eines Beispiels (anhand von Verfassungen u. a.), wie sich aus der Übernahme einer Sozialfunktion, die früher von einem anderen Träger wahrgenommen wurde (z. B. Familie), neue Ordnungsfunktionen für den Staat ergeben.</p>

Teil III: Soziale Sicherung als Beispiel für die erweiterten und veränderten Staatsaufgaben in einer hochentwickelten Industriegesellschaft

- | | | |
|-----|---|--|
| 1. | Einblick in das System der sozialen Sicherung der Bundesrepublik Deutschland | Grundzüge des Systems der sozialen Sicherung im weiteren Sinne |
| 2. | Überblick über die Erweiterung der Sozialfunktion des Staates im Bereich der sozialen Sicherung | Von der Sozialfürsorge zur Politik der sozialen Sicherung |
| 3. | Einblick in die Erweiterung und Veränderung der staatlichen Ordnungsfunktion, die durch die Politik der sozialen Sicherung bedingt ist | Komplexere Gesetzgebungs- und Verwaltungsaufgaben;
Beispiel: Von der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsplatzsicherung |
| 4. | Einsicht, daß die Forderungen zur sozialen Sicherung in philosophisch-anthropologischen Wertsetzungen wurzeln | – Prinzip der individuellen Sicherung
– Subsidiaritätsprinzip
– Wohlfahrtsstaatsprinzip
ihre Begründung vor dem Hintergrund des jeweiligen Menschenbildes |
| 5. | Einsicht in das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit im Bereich der Politik der sozialen Sicherung | Zu erarbeiten an den Sachbereichen:
– Sozialstaatsprinzip
– Auswirkungen des sozialen Wohlfahrtsstaates
– soziale Utopien in Auswahl |
| 6. | Einsicht, daß politische Entscheidungen im Bereich der sozialen Sicherung im Rahmen der Verfassungsnormen getroffen werden müssen | Das Grundgesetz als Ordnungsrahmen für sozialpolitische Entscheidungen |
| 7. | Einsicht in die realpolitischen Grenzen der Politik sozialer Sicherung | |
| 7.1 | Einsicht in das Problem der Vereinbarkeit sozialpolitischer Zielsetzungen mit Interessen anderer politischer Bereiche am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland | Spannungsverhältnis der Zielsetzungen aus den Bereichen
– Wirtschaft
– Kultur, Bildung
– Umweltpolitik |
| 7.2 | Einsicht in das Problem der Realisierbarkeit sozialpolitischer Zielvorstellungen | Institutionelle (personelle, instrumentelle) Grenzen
Rechtliche Grenzen
Finanzielle Grenzen |
| 8. | Einsicht, daß die Lösung sozialer Probleme nicht allein durch staatliche Maßnahmen möglich ist, sondern auch die soziale Verantwortung des einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppen fordert | Zu erarbeiten an Beispielen wie
– Nachbarschaftshilfe
– Altenhilfe durch Eigeninitiative
– Betreuung von Randgruppen |

Unterrichtsverfahren

Lernzielkontrollen

Abgrenzung: „Soziale Sicherung“ im engeren und im weiteren Sinne anhand unterschiedlichen Quellenmaterials

Ergebniszusammenfassung

Vergleich des heutigen Systems der sozialen Sicherung mit dem z. Z. Bismarcks bzw. z. Z. der Weimarer Republik
Erstellen einer tabellarischen Übersicht

Überprüfung aktueller Nachrichten im Hinblick auf den erarbeiteten Sachverhalt

Darzustellen an der veränderten Aufgabenstellung der Bundesanstalt für Arbeit

Überprüfung des Sachverhalts an einem weiteren Beispiel

Begriffserklärung unter Zuhilfenahme verschiedener Lexika
Auswertung verschiedener Texte von Klassikern (z. B. Smith, Nell-Breuning) in bezug auf das Menschenbild
Zuordnung der gesellschaftspolitischen Grundpostulate zum Menschenbild

Begriffsdefinition

Der Kollegiat soll den Zusammenhang zwischen sozialpolitischer Maßnahme und zugrundeliegendem Menschenbild nachvollziehen

Problemdiskussion, ausgehend von sozialpolitischen Maßnahmen bzw. theoretischen Texten

Diskussionsbeiträge

Zu erörtern anhand eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts

Beiträge zu einer Diskussion über die Verfassungsmäßigkeit umstrittener sozialpolitischer Forderungen

Fallanalyse

Analyse von abgewandelten Fällen

Fallanalyse

Analyse von abgewandelten Fällen

Problemdiskussion, anknüpfend an aktuelle Beispiele

Zusammenstellung von Dokumentationen

2. Kurshalbjahr

Sachbereich: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen politischer Ordnungsvorstellungen

Lernziele

Lerninhalte

Teil I: Politische Ordnungsvorstellungen in ihrer anthropologischen und historischen Herleitung

- | | |
|---|--|
| <p>1. Einsicht in die Notwendigkeit von Herrschaft in entwickelten Gesellschaften</p> | <p>Merkmale einer entwickelten Gesellschaft, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none">- differenzierte Sozialstruktur- hohes Maß an Arbeitsteilung- hohes Produktionsniveau |
| <p>2. Einblick in den Zusammenhang von Herrschaftslegitimation und politischen Ordnungsvorstellungen</p> | |
| <p>2.1 Einsicht, daß ein neues Menschenbild eine neue Legitimation von Herrschaft bedingt</p> | <p>Vertragslehre</p> <ul style="list-style-type: none">- als Legitimation rationaler Herrschaft, die ein autonomes Individuum voraussetzt- im Gegensatz zum Gottesgnadentum als Legitimation traditionaler Herrschaft |
| <p>2.2 Überblick über die unterschiedlichen Formen der Herrschaftslegitimation durch Vertrag</p> | <p>Legitimation durch einen einmaligen Akt</p> <ul style="list-style-type: none">- Hobbes: Unterwerfungsvertrag- Locke: Herrschaftsvertrag <p>Legitimation durch immer wiederkehrende Akte:</p> <ul style="list-style-type: none">- Rousseau: Volkssouveränität als <i>volonté générale</i>- Liberalismus: Volkssouveränität als Ausdruck individueller Interessen |
| <p>2.3 Fähigkeit, Konzeptionen politischer Ordnung vor dem Hintergrund der jeweiligen historischen Situation zu sehen und sie den unterschiedlichen Legitimationsformen (Lerninhalt 2.2) zuzuordnen</p> | <p>England im 17. Jahrhundert (Hobbes, Locke)
Frankreich im 18. Jahrhundert
Genf im 18. Jahrhundert (Rousseau)</p> |
| <p>3. Einsicht, daß sich alle modernen politischen Ordnungen auf Volkssouveränität als Legitimationsgrundlage berufen</p> | |

Unterrichtsverfahren**Lernzielkontrollen**

Lehrervortrag bzw. Unterrichtsgespräch:
 Sammlung von Merkmalen
 Diskussion: Möglichkeiten, die sich ergeben
 den Probleme zu lösen, anknüpfend an das
 Problem der sozialen Sicherung (1. Kurs-
 halbjahr)

Diskussionsbeiträge

Beurteilung von Problemlösungen im Be-
 reich der sozialen Sicherung
 – Problemlösung durch Herrschaft
 – Soziale Sicherung durch Familie und
 Stamm in wenig entwickelten Gesell-
 schaften

Kurzreferate von Kollegiaten zu den unter-
 schiedlichen Menschenbildern

Erstellung von Thesenpapieren

Vergleichende Auswertung historischer
 Texte

Auswertung nicht behandelter Texte

Gruppenarbeit:
 Analyse von Texten (Hobbes, Locke, Rous-
 seau, Mill)
 Bearbeitung eines Vergleichsrasters

Zuordnung von nicht behandelten Texten zu
 erarbeiteten Kategorien

Erarbeitung von Schaubildern zu den Staats-
 formen des 17. und 18. Jahrhunderts aus
 Fachlexika

Erstellung von Thesenpapieren

Diskussion über die Zusammenhänge von
 Herrschaftslegitimation und Erfahrungshin-
 tergrund

Lernziele	Lerninhalte
3.1 Einsicht in den Wertbezug der unterschiedlichen Vorstellungen von Volkssouveränität	<p>Volkssouveränität im Sinne der liberalen Theorie: Vorrang der individuellen Freiheit, Gleichheit als Gleichheit vor dem Gesetz</p> <p>Volkssouveränität im Sinne Rousseaus: Freiheit als kollektive Freiheit, Gleichheit als Gleichheit der dem Mehrheitswillen zustimmenden</p>
3.2 Einsicht, daß sich auf das unterschiedliche Verständnis von Volkssouveränität unterschiedliche politische Ordnungsprinzipien gründen	<p>Willensvereinheitlichendes Prinzip der Repräsentation</p> <p>Willensvereinheitlichendes Prinzip der Identität</p>

Teil II: Vergleich der politischen Ordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

- 1. Kenntnis der Grundprinzipien der Verfassungen
 - 1.1 Kenntnis der unterschiedlichen Wertprämissen und des dahinterstehenden Menschenbildes
 - 1.2 Überblick über die historischen Bedingungen der jeweiligen Wertentscheidungen in den Verfassungen

- Bundesrepublik Deutschland:**
- Vorrang der individuellen Freiheit als unveräußerliches und vorstaatliches Recht
 - Gleichheit durch gleiche politische Rechte
 - Menschenbild: Personalität in der Spannung zwischen Individualität und Sozialität
- DDR:**
- „Freiheit“ durch Einordnung in und Übereinstimmung mit dem sozialistischen System
 - Gleichheit im Sinne von gemeinsamer Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus
 - Menschenbild: Die materialistische Bestimmtheit der Veränderbarkeit des Menschen; der historisch-gesellschaftlich deformierte Mensch
- Geschichtliche Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus
- Bundesrepublik Deutschland:**
Die Nachkriegssituation in den Westzonen
- DDR:**
Die Nachkriegssituation in der sowjetisch besetzten Zone

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
<p>Gruppenunterricht: Herausarbeitung der Wertprämissen aus Quellen Erarbeitung eines Schaubildes im Unterrichtsgespräch</p>	<p>Erarbeitung des Wertbezuges nichtbehandelter Texte</p>
<p>Erarbeitung der alternativen Prinzipien aus Quellen (in häuslicher Vorbereitung) Unterrichtsgespräch: Vereinbarkeit von Ordnungsprinzipien (z. B. Mehrheitsentscheid) und unterschiedlichen Vorstellungen von Volkssouveränität Diskussion: Unvereinbarkeit des repräsentativen Prinzips mit dem Ansatz Rousseaus</p>	<p>Auswertung von GG-Artikeln im Hinblick auf das Prinzip der Repräsentation</p>
<p>Analyse entsprechender Artikel im Grundgesetz und in der Verfassung der DDR: Die Grundrechte im Verfassungskontext Erstellung eines vergleichenden Schaubildes Kurzreferate zu den Menschenbildern (Materialien: Verfassungskommentare, Urteile des Bundesverfassungsgerichtes u. a.)</p>	<p>Zuordnung von systemkonformen Aussagen zu den behandelten Menschenbildern</p>
<p>Lehrervortrag und/oder Kollegiatenreferate Auswertung von historischen Dokumenten: Protokolle, Reden im Parlamentarischen Rat</p>	<p>Protokolle</p>

Lernziele

Lerninhalte

1.3 Kenntnis der Strukturprinzipien der Verfassungen, wie sie sich aus den unterschiedlichen Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit ergeben

Bundesrepublik Deutschland:

- Rechtsstaatlichkeit: Sicherung der Grundrechte unter Anerkennung vorstaatlicher Rechte
- horizontale und vertikale Gewaltentrennung zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit

DDR:

- Staat als Instrument zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft
- Gewährung von Rechten bei Mitwirkung am Aufbau
- keine Gewaltenteilung

2. Einsicht in den Zusammenhang von Interessenvertretung und Gemeinwohl

2.1 Kenntnis des unterschiedlichen Verhältnisses von Gesellschaft und Staat

Bundesrepublik Deutschland:

- Begriffliche Unterscheidung und organisatorische Trennung von Gesellschaft und Staat
- Interdependenz
- Gewährleistung eines intermediären Bereichs

DDR:

Sozialistische Staatlichkeit: Monismus von Staat und Gesellschaft im Übergang zum Kommunismus

2.2 Kenntnis der Stellung und der Bedeutung von Interessengruppen im politischen System, wie sie sich aus dem unterschiedlichen Verhältnis von Gesellschaft und Staat ergeben

Bundesrepublik Deutschland:

- Autonomie der Interessengruppen nach Stellung und Ziel
- Institutionalisierung der Einflußnahme (GGO II, Hearing)
- Unterschiedliche Stellung von Verbänden und Parteien nach dem GG

DDR:

Massenorganisationen und Parteien: Organisation des „gemeinsamen Handelns für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft“

2.3 Einsicht, daß den unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen unterschiedliche Bestimmungen des Gemeinwohls entsprechen

Bundesrepublik Deutschland:

- Gemeinwohl a posteriori auf der Grundlage eines Minimalkonsenses

Unterrichtsverfahren**Lernzielkontrollen**

Kurzreferate aus der Fachliteratur oder
 Gruppenarbeit:
 Auswertung der entsprechenden Artikel im Grundgesetz (Verfassungskern) und in der DDR-Verfassung

Erarbeitung eines vergleichenden Schaubildes nach folgenden Kriterien: Abwehrrechte, Mitwirkungsrechte, Anspruchsrechte, Menschen- und Bürgerrechte, Drittwirkung von Grundrechten

in bezug auf das jeweilige Verständnis von Freiheit

Problemdiskussion zum Thema „Gewaltentrennung“

Arbeitsunterricht:

Auswertung von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und parteiamtlichen Aussagen der DDR

Unterrichtsgespräch:

Vergleichende Gegenüberstellung

Lehrervortrag:

Staatsbegriff des Marxismus

Kurzreferate von Kollegiaten: Satzungen von organisierten Interessengruppen in der Bundesrepublik und in der DDR

Lehrervortrag: Institutionalisierung der Parteien im GG in ihrer Bedeutung für das politische System

Problemdiskussion:

Tarifautonomie

Arbeitsteilige Analyse von Texten aus der Fachliteratur, aus Reden und Parteiprogrammen

Zuordnung nicht behandelter Verfassungsartikel zu Strukturprinzipien (z. B. Bayerische Verfassung)

Vergleichende Einordnung von Texten

Herausarbeiten des Staats- und Gesellschaftsbegriffs aus Schriften oder Satzungen von Verbänden bzw. Massenorganisationen

Problemdiskussion über die Bestimmung des Gemeinwohls

Lernziele

Lerninhalte

- 2.4 Überblick über Theorien zur Erklärung und Überprüfung des Verfahrens bei der Ermittlung des Gemeinwohls in einem pluralistischen System
 - 3. Einsicht in Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation
 - 3.1 Kenntnis von Prinzipien und Organisationsformen der Partizipation
 - 3.2 Einsicht, daß das unterschiedliche Verhältnis von Staat und Gesellschaft ein unterschiedliches Verhältnis von Partizipation und Entscheidung mit sich bringt
- Differenz zwischen Gemeinwohl und der Summe der Gruppeninteressen (Problem der unterschiedlichen Organisierbarkeit und Konfliktfähigkeit von Interessen und Interessengruppen)
 - Korrektur der Ergebnisse autonomer Willensbildung der Interessengruppen durch allgemeines Wahlrecht und Entscheidungen des Parlaments
- DDR:**
Gemeinwohl a priori:
Grundsätzliche Verpflichtung der Interessengruppen und Individuen auf das vorgegebene Ziel
- Pluralismustheorie auf der Basis der Gruppentheorie
Neopluralismus
Theorie Pluralität der Eliten
Theorie vom input-output-Verfahren
- Bundesrepublik Deutschland:**
Partizipation und Repräsentation:
Wahlen, Parteien, Plebiszite, Verbände, Bürgerinitiativen
- DDR:**
Zusammenschluß von Individuen in Massenorganisationen
Delegation auf plebiszitärer Grundlage
Wahlen als Akklamation und Demonstration (Demokratischer Zentralismus)
- Bundesrepublik Deutschland:**
- Garantie von Partizipation und Entscheidungsbefugnis im politischen Bereich
 - Soziale Bereiche:
 - Chance zur Partizipation
 - Entscheidungsbefugnis nach dem Kriterium der Funktionalität, z. B. Mitbestimmung
- DDR:**
- Zwang zur Partizipation
 - keine Trennung der Bereiche
 - Entscheidung als Zustimmung

Unterrichtsverfahren

Lernzielkontrollen

Lehrervortrag
Kollegiatenreferate

Erarbeitung eines Vergleichsrasters

Unterrichtsgespräch:
Kennzeichnung möglicher Organisationsformen
Darstellung wertender Aussagen zu verschiedenen Formen der Partizipation in Kurzreferaten

Zuordnung einzelner Formen zu den verschiedenen Prinzipien
Fallanalyse, z. B. Volksentscheid, Bürgerinitiative

Problemdiskussion:
u. a. Volksentscheid

Analyse von u. a.
– Wahlrechtsgrundsätzen
– Stellungnahmen zur Frage der Mitbestimmung

Auseinandersetzung mit Thesen zur Frage der Partizipation

Auswertung programmatischer Äußerungen im Unterrichtsgespräch

Lernziele	Lerninhalte
3.3 Fähigkeit, die Forderung nach Ausweitung der Partizipation kritisch zu beurteilen	Fallbeispiel: Mitgliederbasis je einer Partei Bundesrepublik Deutschland: – Gründe für Partizipation: Legitimation, Artikulation und Einbringung von Interessen, Kontrolle politischer Entscheidungen – Gründe für Grenzen der Partizipation: – anthropologische (Überforderung des einzelnen; Rollendifferenzierung) – funktionale (Schwerfälligkeit der Entscheidungsprozesse) – legitimatorische – Gründe für Apathie: Zufriedenheit mit dem politischen System, Resignation, Priorität privater Interessen
4. Fähigkeit, Aussagen zu verschiedenen politischen Ordnungsvorstellungen im Hinblick auf die behandelten ordnungspolitischen Modelle zu analysieren	DDR: Legitimatorische Gründe Aussagen zu – faschistischen Systemen – politischen Systemen in afroasiatischen Ländern – China – politischen Systemen Lateinamerikas

3. Kurshalbjahr

Sachbereich: Der politische Prozeß

Lernziele	Lerninhalte
Teil I: Pluralismus als Strukturprinzip freiheitlicher Demokratie	
1. Einsicht, daß die Respektierung der Pluralität von Interessen, Meinungen und Wertvorstellungen eine unabdingbare Voraussetzung freiheitlicher Demokratie ist	Menschenwürde und Freiheit (Art. 1 GG) Daraus folgend: – individuelle soziale und politische Artikulationsrechte (z. B. Art. 5 GG; Art. 8 GG) – politische und soziale Organisationsrechte (Art. 8 GG; Art. 9 GG; Art. 21 GG), u. a. Bürgerinitiativen
2. Einblick in die Struktur des politischen Prozesses	Träger des politischen Prozesses (Parlament, Regierung und Verwaltung, Parteien, organisierte und nichtorganisierte Interessen) Autonomie und Interdependenz Interaktionen

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
<p>Auswertung von statistischen Angaben</p> <p>Information durch Kurzreferate</p> <p>Problemdiskussion: offene Willensbildung</p> <p>Erörterung des Verhältnisses von arbeitsteiliger Gesellschaft und Partizipation</p> <p>Auswertung von Fachliteratur im arbeitsteiligen Verfahren zur Frage der Demokratisierung</p>	<p>Problemdiskussion: Demokratisierung</p>
<p>u. a.</p> <p>Analyse von Wahlaufrufen</p> <p>Textinterpretation u. a. von Reden</p>	<p>Zuordnung von Einzelaussagen zu Grundmodellen</p>
Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
<p>Unterrichtsgespräch</p> <p>Auswertung von Verfassungskommentar(en)</p> <p>Kurzreferate</p>	<p>Analyse eines wissenschaftlichen Textes</p>
<p>Fallanalyse</p>	<p>Anwendung auf eine weitere Bürgerinitiative</p>
<p>Begriffserklärung; Erstellung einer Modellskizze</p>	<p>Ergebnisprotokolle</p>

Lernziele	Lerninhalte
3. Einsicht, daß die Garantie des Zutritts zum politischen Prozeß erst Freiheit verwirklicht	Offene, konkurrenzorientierte Willensbildung Garantie von Minderheitsrechten Formales Mehrheitsprinzip Offener Gemeinwohlbegriff



4. Einsicht, daß individuelle Teilhabe in der Massendemokratie der Vermittlung durch politische und soziale Organisationen bedarf	Parteien und Verbände als politische und soziale Teilhabeinstrumente, als Kommunikationskanäle
---	--

Teil II: Medien als Vermittler im politischen Prozeß

1. Einsicht in die Bedeutung der Medien in der modernen Massendemokratie	Kommunikationsfreiheit (Art. 5 GG; Interpretation des Bundesverfassungsgerichts) und Struktur des Kommunikationssystems der Bundesrepublik Deutschland (Presse, Rundfunk, Fernsehen)
2. Kenntnis der Funktion der Massenmedien in der politischen Willensbildung	Vermittlung zwischen Individuum – Gruppen – Institutionen – Information – Kommentar (Orientierung, Kritik, Kontrolle)
3. Einblick in Chancen und Gefährdungen im Bereich der Kommunikationsmedien	Äußere und innere Pressefreiheit (z. B. Parteien und öffentlich-rechtliche Anstalten) Pressekonzentration
4. Kenntnis von Kommunikationsfreiheit als Voraussetzung freiheitlich demokratischer Grundordnung	Vergleich mit Grundsätzen totalitärer Kommunikationspolitik, z. B. – im Dritten Reich – in der DDR

Teil III: Die unterschiedliche Rolle von Verbänden und Parteien im politischen Prozeß

1. Kenntnis der Tatsache unterschiedlicher Reichweite rechtlicher Normierungen für den politischen Prozeß	Unterschiedlich starke Normierungen für – das Kommunikationssystem – das politische Handeln des einzelnen – Verbände – Parteien – Staatsorgane
2. Einsicht, daß die unterschiedlich starke Normierung politischer Prozesse bedingt ist durch die Grundnormen der Verfassung	Notwendigkeit gesetzlich stark normierter politischer Prozesse als Ausdruck des Rechtsstaatsprinzips im Bereich allgemeinverbindlicher politischer Entscheidung. Möglichkeit gesetzlich weniger stark normierter politischer Prozesse als Ausdruck der Anerkennung der Autonomie des einzelnen und der Gruppen

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Referate Analyse von Texten der klassischen (z. B. Federalist) und der modernen (z. B. Hättich) politischen Theorie	Diskussionsbeiträge zum Thema: Offene Willensbildung in Abgrenzung vom willensvereinheitlichenden Prinzip der Identität
Fallanalyse Kurzreferate	Anwendung auf einen anderen Fall
 Analyse von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts	Überprüfung von Thesen, z. B. der These von der öffentlichen Aufgabe der Parteien
Referate Verbalisierung einer Modellskizze Analyse von Zeitungsartikeln, Fernsehsendungen (politische Magazine)	Erstellen einer Modellskizze Diskussionsbeiträge zum Thema: Objektivität und Selektion
Kurzreferate Auswertung von Statistiken Auswertung von Quellen (z. B. Reichsschriftleitergesetz; z. B. Funktionsbestimmung der Presse bei Lenin)	Ergebnisprotokoll Thesenbildung
 Analyse von Artikeln der Verfassung und anderen Rechtsnormen	Ergebnisprotokoll
Auswertung wissenschaftlicher Literatur im Unterrichtsgespräch	Überprüfung von Thesen
Problemdiskussion: Demokratie und Demokratisierung	

Lernziele	Lerninhalte
3. Kenntnis der Bedeutung der Verbände für autonome gesellschaftliche Konfliktregelung und gesellschaftliche Willensbildung	Funktionen der Verbände: – Artikulation } von – Aggregation } Inter- – Selektion } essen als Beitrag zur Integration des politischen Systems durch Kommunikation und Partizipation
4. Kenntnis der begrenzten Funktion von Verbänden	Sektorale und soziale Interessen, kein politisches Mandat
5. Einblick in den Zusammenhang von Verbandsfunktion und Mitgliedschaftsinteresse	Information und Aufklärung der Mitglieder Verbandsführung Effektivierung der Interessen Problematisierung der Forderung „innerverbandlicher Demokratie“ im Kontext der jeweiligen Verbandsfunktion
6. Einsicht, daß Verbandseinfluß auf die Politik die Interdependenz von Staat und Gesellschaft sichert	Adressaten des Verbandseinflusses – Regierung – Verwaltung – Parlament – Parteien
7. Einblick in die Problematik der Balance von Autonomie und Interdependenz	„Verbandsfärbung“ von Abgeordneten „Verbandsinseln“ in Bereichen der Regierung und Verwaltung
8. Überblick über die Problematik und die Grenzen von Transparenz und Kontrolle	Registrierung der Lobby Institutionalisierte Anhörungen Wirtschafts- und Sozialrat Verbandsgesetz
9. Einsicht in die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Verbandsp pluralismus	Überrepräsentation „mächtiger“ Interessen Vernachlässigung nicht konfliktfähiger (Forsthoff: Jedermanns-Interesse) oder nicht organisationsfähiger Interessen
10. Einsicht in die Notwendigkeit politischer Entscheidung	Individual- bzw. Gruppeninteresse und politische Ordnungskonzeption
11. Kenntnis der Rolle der Parteien als Agenten politischer Zielvorstellungen	Parteiprogramme als politische Gemeinwohlperspektive: – Grundwerte – Zielprojektionen politischer Ordnung
12. Einsicht in die im Vergleich zu den Verbänden umfassendere Funktion der Parteien	Sonderstellung nach dem GG; Sonderstellung durch das Parteienfinanzierungsgesetz Vermittlung zwischen der institutionellen und vorinstitutionellen Willensbildung

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Fallanalyse	Diskussion
Analyse von Selbstdarstellungen	Überprüfung von Thesen
Auswertung von Zeitungsartikeln, Verbands- presse, Satzungen	Protokoll
Lehrerreferat	
Erstellung einer Modellskizze Kurzreferate Problemdiskussion	Diskussionsbeiträge
Lehrerreferat	Protokoll
Auswertung der Geschäftsordnung des Bun- destages (GO), der Gemeinsamen Geschäfts- ordnung der Bundesministerien (GGO) Auswertung von wissenschaftlicher Literatur	Thesenbildung
Referate Analyse wissenschaftlicher Texte Fallanalyse	Anwendung auf Fälle
Problemdiskussion	Diskussionsbeiträge
Unterrichtsgespräch Synopsis von Parteiprogrammen	Anwendung auf: Rolle der Parteien in der Weimarer Republik
Auswertung von Art. 21 GG; Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Problemdiskussion: Intermediärer Bereich	Ergebnisprotokoll Diskussionsbeiträge Auswertung von Art. 21 GG im Vergleich mit der verfassungsrechtlichen Stellung der Par- teien in der Weimarer Republik

Lernziele	Lerninhalte
13. Kenntnis der besonderen Aufgaben politischer Parteien	§ 1 Parteiengesetz – Kandidatenaufstellung – Programme (Aussagen) – ständige Vermittlung zwischen Bürgern und Institutionen – Einbringung von Zielen in den politischen Willensbildungsprozeß
14. Kenntnis der normativen Regelungen innerparteilicher Demokratie	Grundgesetz Parteiengesetz
15. Einsicht in Probleme innerparteilicher Demokratie	Aussagen der Theorie: R. Michels (Oligarchie) Beobachtungsfelder: – Organisationsstruktur – Basis und Führung (Kandidatenaufstellung, Parteitage) – Vorstandswahl (offener Zugang zu den Eliten) – Partei- und Jugendorganisation – Flügelbildung
16. Einsicht in den Zusammenhang von Position und Funktion von Parteien im politischen Prozeß und dem Verfassungsgesamt innerparteilicher Demokratie	Organisation des politischen Prozesses (z. B. Parteien als Rekrutierungsfelder für Parlamente und Regierungen; Parteimitgliedschaft als wichtigste Partizipationschance) Beitrag der Parteien zur Legitimation des politischen Systems
17. Einsicht in die Grenzen des Parteeinflusses und die Balance von Autonomie und Interdependenz	Rechtsstaatlichkeit Amtsgedanke und parteipolitische Infiltration der Ämterordnung Auseinandersetzung mit der Parteienstaats- theorie von Leibholz Zusammenhang von Integration und Legitimität
Teil IV: Die Wahl	
1. Einsicht in die besondere Bedeutung der Wahl für den politischen Prozeß	Partizipation Legitimation der Herrschaft Kontrolle der Herrschaft
2. Kenntnis verschiedener Wahlsysteme	Mehrheitswahlsystem Verhältnisswahlsystem personalisierte Verhältniswahl

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Auswertung des Gesetzestextes Referate Diskussion	Protokoll Auswertung von § 2 des Parteiengesetzes: Begriffsdefinition von „Partei“ Diskussionsbeiträge
Unterrichtsgespräch Kurzreferate Analyse von Bundesverfassungsgerichtsurteilen Begriffsklärung Referate Fallanalyse Auswertung wissenschaftlicher Literatur	Analyse von Satzungen Schaubild und Modellskizze
Problemdiskussion	Diskussionsbeiträge
Lehrerreferat Kollegatenreferate Textanalyse Problemdiskussion	Überprüfung von Thesen Diskussionsbeiträge
Fallanalyse	Vergleich: Wahlen in der DDR
Referate Erstellung von Schaubildern	Protokoll

Lernziele	Lerninhalte
3. Einsicht in die Zusammenhänge von Wahlrecht und Parteiensystem	Weltanschauungsparteien, Interessenparteien, Volksparteien unter den Gesichtspunkten: – Meinungsmessung oder Willensbildung – proportionale Vertretung aller Interessen und Weltanschauungen oder Stabilität von Regierung und politischem System

Teil V: Parlament, Regierung, Opposition im politischen Prozeß

1. Einsicht, daß aus der Funktion der Wahl folgt, daß Legitimation sich nicht im Wahlakt erschöpft	Parlament und Öffentlichkeit – Petitionsrecht (Art. 17 GG) – Kommunikationsfunktion des Abgeordneten: freies Mandat und Parteibindung (Art. 21 u. 38 GG; Dominanz und Grenzen der Fraktionen; Rechte des Abgeordneten) in Abgrenzung vom imperativen Mandat; Wahlkreisarbeit – Fraktion und Partei – Transparenz des Verfahrens (Bundestag, Bayer. Landtag)
2. Kenntnis der legitimierenden Funktion rechtsstaatlichen Verfahrens	Norm als Voraussetzung für Transparenz, Kontrolle und Partizipation Ausgewählte Kompetenz- und Verfahrensnormen des Parlaments nach GG und GO
3. Kenntnis von Problemen, die sich aus der Spannung von Effizienz und Transparenz der Parlamentsarbeit ergeben	Zusammenhang von zunehmenden Staatsaufgaben (wachsende Komplexität der Materien; sozialstaatliche Leistungsansprüche), Spezialisierung und Arbeitsteilung in Fraktionen (Arbeitskreise) und Parlament (Ausschüsse); Folgen für die innerparlamentarische Willensbildung; (Arbeitsparlament) Vernachlässigung von Detailarbeit und Spezialisierung zugunsten der politischen Diskussion; (Redeparlament)
4. Kenntnis der Parlamentsfunktionen in Bund und Ländern	Versuch, Leistungsfähigkeit und Diskussion in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen (Effizienz, Transparenz und Partizipation als „multidimensionales Optimierungsmodell“) Regierungsbildung Gesetzgebung und Haushalt Kontrolle Repräsentation (Öffentlichkeitsfunktionen)

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Referate Vergleichende Analyse im Unterrichtsgespräch	Einordnung von Vorschlägen zur Wahlrechtsreform Vergleich der Koalitionsbildung in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland
Analyse von Rechts- und Verfahrensnormen im Unterrichtsgespräch	Fallanalyse
Referate	Diskussionsbeiträge
Problemdiskussion	
Lehrerreferat	Analyse eines Textes
Unterrichtsgespräch	
Referate Erstellung von Schaubildern Unterrichtsgang Auswertung wissenschaftlicher Literatur	Anwendung auf Unterhaus, Kongreß und Bundestag
Referate Auswertung von Verfassungstexten	Protokolle

Lernziele	Lerninhalte
5. Kenntnis der Funktion der Regierungsbildung als definierendes Kriterium des parlamentarischen Regierungssystems	Techniken der Regierungsbestellung in der deutschen Verfassungsgeschichte: Parlamentarische Kompetenz (1949) in Abgrenzung von monarchischer (1818 oder 1871) und präsidentialer (1919) Kompetenz
6. Kenntnis der wichtigsten normativen Merkmale des parlamentarischen Regierungssystems	Regierungsbildung durch das Parlament Balance von Auflösungsrecht der Regierung und Amtsenthebungsrecht des Parlaments Kompatibilität von Amt und Mandat Kompetenzkonkurrenz in der Gesetzgebung von Parlament und Regierung
7. Kenntnis verfassungspolitischer Konsequenzen parlamentarischer Regierungsbildung	Indirekte demokratische Legitimation der Regierung Regierung (Kabinetts) als politische Führung der Verwaltung Die politische Funktionseinheit „regierende Mehrheit“ – Personelle Identität von Regierungsmitgliedern und Führungspersonal der Regierungspartei(en) – Politische Identität von Regierungs- und Mehrheitsprogramm – fraktionsinterne Kontrollprozesse
8. Einsicht in die Notwendigkeit eines Gegengewichts zur regierenden Mehrheit	Gewaltenteilung/Gewaltenverschmelzung (Art. 20 GG in Zusammenhang mit Art. 63 und 67) Zusammenhang von Freiheit, Mehrparteienprinzip und Machthemmung (Chance des Regierungswechsels) Minderheitenschutz und Minderheitsrechte
9. Kenntnis der verfassungspolitischen Funktion der Opposition	Kritik Kontrolle Alternative
10. Fähigkeit zur Problematisierung der Oppositionsfunktionen	Integrationsleistung von Opposition Probleme der Oppositionsstrategie: – Konkurrenz und Kooperation – Alternative: personell/politisch Strukturierung des politischen Prozesses durch Oppositionsfreiheit (Zwang zu öffentlicher Begründung und Verantwortung von Regierungspolitik; Chance zum Machtwechsel)

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Gruppenarbeit	Verlaufsprotokoll
Diskussion	Diskussionsbeiträge
Lehrervortrag	
Fallanalysen	Vergleich mit dem Regierungssystem der USA
Lehrervortrag	Vergleich mit dem Regierungssystem der USA
Fallanalyse	
Unterrichtsgespräch	Abgrenzung zu gewaltmonistischen Systemen
Referate zu klassischen Theorien, z. B. von Bolingbroke oder Montesquieu	
Referate	Fallanalyse
Auswertung von:	Fallanalyse
- Parlamentsprotokollen („Das Parlament“)	Debatte
- Zeitungsartikeln	
- Statistiken	
- wissenschaftlicher Literatur	
Problemdiskussion	Diskussionsbeiträge

Lernziele	Lerninhalte
11. Einblick in die Strukturierung parlamentarischer Praxis durch den Dualismus von regierender Mehrheit und Opposition	Gesetzgebung (Anteil an der Gesetzesinitiative; Erfolgchancen; Differenzierung) Kontrolle (Differenzierung der Kontrollintention und der Kontrolltechniken von Regierung und Opposition; Wandel parlamentarischer Kontrollinstrumente; Präventivkontrolle)
12. Fähigkeit zur Auseinandersetzung mit der Parlamentarismuskritik	Funktionsgewinn oder Funktionsverlust des Parlaments (Thesen von Carl Schmitt und/oder Agnoli)
13. Einblick in die Problematik der Balance parlamentarischer Entscheidungsfreiheit (Autonomie) und Rückbindung an die Eingaben von organisierten und nichtorganisierten Interessen (Interdependenz)	Gesetzgebungsprojekt

4. Kurshalbjahr

Sachbereich: Internationale Politik

Lernziele	Lerninhalte
1. Einsicht, daß die zunehmende Interdependenz der Einzelstaaten durch internationale Beziehungen einen wesentlichen Faktor der Außenpolitik darstellt	Abhängigkeit der einzelnen Staaten voneinander, z. B. durch wirtschaftliche Verflechtungen Beeinflussung der Politik der Einzelstaaten durch Mitgliedschaft in internationalen Organisationen
2. Einblick in das Instrumentarium außenpolitischen Handelns	Diplomatie Organisationsstruktur des Auswärtigen Amtes Konferenzen Mitarbeit in internationalen Organisationen
3. Bewußtsein, daß nationalstaatliche Faktoren die Außenpolitik bestimmen	– geographische Lage – wirtschaftliche Potenz – geschichtliches Erbe am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
<p>Auswertung von Statistiken und Literatur</p> <p>Textanalysen Problemdiskussion</p> <p>Fallanalyse</p>	<p>Protokoll</p> <p>Historischer Vergleich</p> <p>Protokoll Modellskizze</p>
Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
<p>Fallanalyse: z. B. Energieversorgung, Absatzmärkte</p> <p>Fallanalyse: Beiträge und Mitgliedschaften der Bundesrepublik Deutschland in Organisationen der UNO</p> <p>Lehrervortrag</p> <p>Kurzreferate Kartenarbeit Vergleich mit einem anderen Land</p>	<p>Anwendung auf einen anderen Fall: z. B. technologische Abhängigkeit</p> <p>Sammlung von Berichten über diplomatische Aktivitäten aus Zeitungen im Zeitraum einer Woche</p> <p>Anwendung auf ein weiteres Beispiel</p>

Lernziele	Lerninhalte
4. Einsicht in den Zusammenhang von Zielen und Faktoren der Außenpolitik	<p>Politik der Friedenssicherung durch die Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der Ost-West-Spannung</p> <p>Politik der nationalen Selbstbestimmung vor dem Hintergrund der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft</p> <p>Das Problem der Entwicklungshilfe und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Staates am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland</p>
5. Bewußtsein, daß sich aus den Integrationsbemühungen eines Einzelstaates Probleme für seine Innen- und Außenpolitik ergeben	<p>Die Frage nationalstaatlicher Souveränität</p> <p>Die Regelung des Verhältnisses von regionalen und überregionalen Belangen</p> <p>Vermeidung von Integrationsdefiziten</p> <p>Zeitliche und strukturelle Koordination</p>
<p>4. Kurshalbjahr</p> <p>Sachbereich: Internationale Politik</p>	
6. Einblick in die Rolle eines Einzelstaates innerhalb eines Integrationssystems	<p>Vergleich der Rolle der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs in der EG</p>
7. Überblick über Entstehungsbedingungen und Zielsetzungen der NATO als eines Systems supranationaler kollektiver Verteidigung	<p>Internationale machtpolitische Veränderungen</p> <p>Internationale machtpolitische Veränderungen als Voraussetzung für die Blockbildung nach dem 2. Weltkrieg</p> <p>Die westliche Sicherheitspolitik als Reaktion auf den Ost-West-Konflikt</p> <p>Ziele westlicher Sicherheitspolitik</p>

Unterrichtsverfahren**Lernzielkontrollen**

Analysen von Bundestagsdebatten verschiedener Legislaturperioden

Analyse von kontroversen Texten zur Ratifizierung des EWG-Vertrages

Analyse von Tabellen zur Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland und der wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Entwicklungsländern

Analyse von Texten, z. B. de Gaulles
Analyse von Unterlagen und Tabellen des bayerischen Wirtschaftsministeriums zu Problemen des Zonenrandgebietes in der EG
Analyse von Tabellen zur Wirtschaftsentwicklung und der Beschäftigungsstruktur in Italien, in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland

oder
Analyse der Verlautbarung der EG-Kommission zum Beitritt Griechenlands zur EG

Lehrervortrag
Auswertung von Texten

Lehrervortrag:
Die Expansion als integraler Bestandteil der marxistischen Ideologie
Vergleichende Analyse geopolitischer Karten von 1916 bis heute (Folien)
Erstellung von Statistiken:
Zuwachs an:
Fläche,
Menschen,
Material

Analyse von Aussagen führender westlicher Politiker und Militärs zur kommunistischen Expansion,
z. B. Truman,
Clay,
Eisenhower,
Churchill,
Adenauer

Auflistung der Faktoren und der Ziele der deutschen Außenpolitik und ihre Problematisierung

Selbständige Auswertung anderer einschlägiger Unterlagen

Selbständige Auswertung einer amtlichen Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zu einem EG-Problem

Erstellung eines Thesenpapiers

Lernziele	Lerninhalte
8. Überblick über die Realisierung von Sicherheitspolitik im Rahmen kollektiver Verteidigung am Beispiel der NATO	<p>Gründung und Aufbau der NATO</p> <p>Strategische Konzeptionen der NATO</p>
9. Einsicht, daß sich bei der Realisierung von Sicherheitspolitik im Rahmen kollektiver Verteidigung Probleme ergeben	<p>Regelung der militärischen Führung und der Rüstung</p> <p>Regelung der politischen Entscheidungen</p> <p>Bündnistreue der Partner</p> <p>Anpassung der Verteidigungskonzeption an Veränderungen im Bündnis</p>
10. Einblick in die Rolle eines Bündnispartners innerhalb eines kollektiven Verteidigungssystems	<ul style="list-style-type: none"> - Eingliederung der nationalen Streitkräfte in das Bündnis - Unterordnung unter supranationale Führung - Erfüllung besonderer Aufgaben innerhalb der gemeinsamen Verteidigungskonzeption <p>am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland</p>
11. Einsicht in die Bedeutung von blockübergreifenden Vereinbarungen für die Sicherheitspolitik	<p>Möglichkeiten und Grenzen von Sicherheitsverträgen und Rüstungsvereinbarungen an je einem Beispiel</p>
12. Überblick über weitere Möglichkeiten internationaler Beziehungen zur Unterstützung außenpolitischer Ziele	<p>Beziehungen durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Währungspolitik - Handelspolitik - Entwicklungspolitik - Kulturpolitik

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
<p>Analyse der Gründungsurkunde der NATO und des NATO-Vertrages Besprechung des Aufbaus der NATO mit Hilfe von Over-layer-Folien Kurzreferate zur Verteidigungskonzeption der NATO</p> <ul style="list-style-type: none"> - Politik des Containment - Politik des Status quo - Politik der Vereinbarungen 	<p>Auswertung weiterer Texte Erstellung einer Übersicht mit Hilfe von Zahlenmaterial</p> <p>Selbständige Überprüfung der Verteidigungskonzeptionen mit Hilfe eines Weißbuches der Bundesregierung</p>
<p>Kurzreferate über politische, wirtschaftliche, technische und militärische Veränderungen Diskussion: Mögliche Auswirkungen auf die kollektive Verteidigungspolitik Kurzreferate über Beschaffungsprobleme der Bundeswehr anhand von Tageszeitungen</p> <p>Lehrervortrag Kurzreferate Auswertung von Quellen</p>	<p>Selbständige Auswertung von Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Aufsätzen</p> <p>Protokoll</p>
<p>Lehrervortrag: Vertragsziele der jeweiligen Partner Diskussion kontroverser Texte zu: z. B. SALT, MBFR, KSZE . . .</p>	<p>Selbständige Analyse von Texten zur KSZE aus der Sicht eines westlichen Staates und z. B. der DDR</p>
<p>Lehrervortrag Kurzreferate</p>	<p>Sammlung von Materialien aus Zeitungen zu den angegebenen Sachbereichen</p>

Grundkurs:

1. Kurshalbjahr

Sachbereich: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland als Beispiel für den Aufbau einer hochentwickelten Industriegesellschaft

Lernziele	Lerninhalte
Teil I	
1. Kenntnis der Altersstruktur der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland	Altersaufbau
2. Kenntnis der für eine entwickelte Industriegesellschaft typischen Altersstrukturen	Formen und Merkmale der Altersstruktur
3. Überblick über die Bedingungen des Wandels von Altersstrukturen	Wandlungen in den Bereichen: <ul style="list-style-type: none">- Wertvorstellungen- generatives Verhalten- techn.-wirtschaftliche Entwicklung- medizinische Versorgung- Sozialpolitik- Bevölkerungspolitik
4. Überblick über Kriterien zur Klassifizierung von Berufen	Art der Arbeit Arbeitsrechtliche Stellung Vorbildung Weitere Kriterien
5. Kenntnis von Berufsstrukturierungen, die sich aus der Anwendung bestimmter Kriterien ergeben	Berufliche Strukturierung <ul style="list-style-type: none">- nach Art der Arbeit (Berufe im engeren Sinn)- nach der arbeitsrechtlichen Stellung (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige)- nach Vorbildung (z. B. nach Schulabschluß)
6. Überblick über die Entwicklungstendenzen im Bereich der Berufe in einer hochentwickelten Industriegesellschaft	Zunahme der Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe Zunahme unselbständiger Tätigkeiten Zunahme der Anforderungen an die Berufsqualifikation Zunahme der beruflichen Mobilität

Unterrichtsverfahren**Lernzielkontrollen**

Auswertung von Graphiken, Statistiken

Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse

Vergleich der Altersstruktur der Bundesrepublik Deutschland mit Altersstrukturen von Gesellschaften gleicher und anderer Entwicklungsstufen
Erstellung einer Übersicht

Zuordnung von statistischen Daten über Altersstrukturen

Lehrervortrag, Schülerkurzreferate
Auswertung von Statistiken und Graphiken

Ergebniszusammenfassung
Herausarbeiten der Bedingungen des Wandels aus Texten

Lehrervortrag und Unterrichtsgespräch

Ergebnissicherung durch Zusammenfassung

Auswertung von Statistiken
Unterrichtsgespräch auf der Grundlage von Materialien, evtl. Gruppenarbeit (entsprechend der Differenzierung im Lerninhalt)

Ergebniszusammenfassungen bzw. Ergebnisprotokolle bei Gruppenarbeit

Auswertung von statistischem Material

Zuordnung von statistischem und graphischem Material über Entwicklungstendenzen im Berufsbereich

Lernziele	Lerninhalte
7. Einblick in die interdependenten Hauptursachen der Entwicklungstendenzen im Bereich der Berufe	Veränderte Wertvorstellung (im Bereich der Arbeit) Veränderte Einstellung zum Beruf
8. Überblick über die Entwicklungstendenzen in den Wirtschaftssektoren der Bundesrepublik Deutschland	Technische und wirtschaftliche Entwicklung Abnahme der Beschäftigtenzahl im primären Sektor, Stagnation im sekundären, Zunahme im tertiären Sektor
9. Einblick in weitere Strukturierungsmöglichkeiten der Gesellschaft	z. B. – Einkommensstruktur – Bildungsstruktur
Teil II	
10. Einsicht in die Tatsache, daß beschreibende Klassifizierungen mit sozialen Wertungen verbunden werden	Der Zusammenhang von Position Rolle Status Statusindex
11. Überblick über unterschiedliche Wertungen der Statusmerkmale	Unterschiede in der Rangordnung der Statusmerkmale, z. B. Wertungen von „Herkunft“
	zu unterschiedlichen Zeiten
	in verschiedenen Räumen
	in verschiedenen Gesellschaftsordnungen
12. Kenntnis eines Versuchs, die Statushierarchie in der Bundesrepublik Deutschland im Modell darzustellen	Darzustellen an einem Schichtenmodell, z. B. Bolte oder Dahrendorf oder Scheuch
13. Kenntnis der zentralen Aussagen eines Schichtenmodells zu sozialen Prozessen in hochentwickelten Industriegesellschaften	Schichtendurchlässigkeit Soziale Mobilität

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Unterrichtsgespräch Textvergleich	weitere Textvergleiche
Unterrichtsgespräch, ausgehend von der Einstellung der Kollegiaten zum Beruf Lehrervortrag	Diskussionsbeiträge Ergebnisprotokoll
Vergleich von statistischen Daten Analyse eines wissenschaftlichen Textes Diskussion möglicher Entwicklungen	Vergleich mit statistischen Daten anderer Länder Ergebniszusammenfassung Diskussionsbeiträge
Darstellung an einem regionalen Beispiel	Ergebniszusammenfassung Überprüfung von weiteren statistischen Daten (z. B. über Religionszugehörigkeit) im Hinblick auf eine aussagekräftige Strukturierung der Gesellschaft
Bewertung von Berufen durch die Kollegiaten (Fragebogenaktion)	Herausarbeiten von sozialen Wertungen aus nichtwissenschaftlichen Texten Ergebnissicherung durch Arbeitspapiere
Lehrervortrag	Bewertung von anderen sozialen Positionen (z. B. Herkunft, Ausbildung)
Textanalysen Textvergleiche Unterrichtsgespräch, anknüpfend an geschichtliche Kenntnisse	Herausarbeitung der Unterschiede in der Rangordnung anderer Statusmerkmale (z. B. Einkommen) aus Texten
Wertung der Herkunft: Kleider- und Polizeiordnung Vgl. USA/Deutschland im 19. Jahrhundert Privilegierung von Arbeiter- und Bauernkindern im sozialistischen System	Ergebniszusammenfassung
Analyse eines Schichtenmodells anhand von Graphiken	Verbalisierung von Modellskizzen unter Anwendung der in Lernziel 10 erarbeiteten Begriffe
Exemplarische Darstellung durch Vergleiche der Berufsmobilität in verschiedenen Zeiten Quellenauswertung und Lehrervortrag	Ergebnissicherung durch Klärung der in Teil II verwandten Begriffe

Lernziele

Lerninhalte

Teil III

14. Kenntnis von sozialen Problemen, die sich u. a. durch erhöhte Mobilität in der Gesellschaft ergeben
15. Einsicht in die Notwendigkeit, Gesellschaftspolitik zu betreiben
16. Einsicht, daß die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit immer in einem Spannungsverhältnis zum Streben nach Freiheit stehen

- z. B.
- Funktionswandel der Familie
 - Stellung alter Menschen in der Gesellschaft
 - Umschulungsprobleme im Beruf
 - Statusunsicherheit

Aktuelles Beispiel

Grundgesetz, Bayerische Verfassung; Soziale Marktwirtschaft als Bedingungsrahmen für gesellschaftspolitische Maßnahmen

2. Kurshalbjahr

Sachbereich: Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland

Lernziele

Lerninhalte

1. Kenntnis des Sachverhalts der Unveränderlichkeit der grundlegenden Verfassungsnormen
2. Überblick über die den unveränderbaren Verfassungsnormen zugrundeliegenden Wertprämissen
3. Einsicht, daß Verfassungsnormen auch
 - als Ergebnis der Auseinandersetzung mit geschichtlichen Erfahrungen zu sehen sind
 - aus der jeweiligen historischen Situation zu verstehen sind

Der Verfassungskern des GG; die besondere Stellung der Artikel 1, 20 und 79,3

Die Würde des Menschen
Die Freiheit als Möglichkeit zur individuellen Entfaltung

Anerkennung einer Privatsphäre (staatsfreier und politikfreier Raum – kein Partizipationszwang)

Politische, rechtliche und soziale Gleichheit

Die ordnungspolitische Entscheidung im Parlamentarischen Rat:

- Verstärkung der institutionellen Sicherung
- individuelle Rechte
 - Verfassungskern
 - Exekutive

Verstärkung der Stellung der Länder

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Unterrichtsgespräch, ausgehend von historischen und aktuellen Beispielen	Ergebnissicherung durch Zusammenfassung mittels eines Arbeitspapiers
Diskussion möglicher politischer Maßnahmen zum gewählten Beispiel	Diskussionsbeiträge Benennung weiterer Maßnahmen zum genannten Beispiel auf der Grundlage aktueller Informationen
Diskussion: Notwendigkeit der Einbettung der diskutierten politischen Maßnahmen in den Ordnungsrahmen	Diskussionsbeiträge Fallanalyse

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Analyse des Artikels 79 GG	Zusammenstellung der Grundnormen in einer Übersicht
Unterrichtsgespräch Besprechung von Urteilen des BVerfG Diskussion über den engen und weiten Politikbegriff	Zusammenstellung des Gesprächsergebnisses in Form von Thesen; Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses
Im Arbeitsunterricht Vergleich WRV/GG hinsichtlich:	Auffinden der Wertvorstellungen des Grundgesetzes in Transfertexten
<ul style="list-style-type: none"> - Stellung der Grundrechte - Neuartigkeit des Art. 79,3GG - Stellung des Kanzlers - Kompetenzen von Reichsrat und Bundesrat 	Ergebnisprotokolle Vergleichende Übersicht

Lernziele

Lerninhalte

4. Überblick über die Funktionsweise des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland

Abschwächung des plebiszitären Elements;
 Strukturschwächen der WRV und ihre Folgen;
 Ausgangsbedingungen für den Parlamentarischen Rat

Bundestagsmehrheit und Bundesregierung – parlamentarische Opposition im Gesetzgebungsverfahren (zur Darstellung des Verhältnisses von Parlament und Regierung)

Bundesrat und Vermittlungsausschuß im Gesetzgebungsverfahren;
 Vorrang der Länder in der Exekutive (zur Darstellung des Bund-Länder-Verhältnisses)

Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers nach dem GG – Abhängigkeit bei einem politischen Entscheidungsprozeß (zur Darstellung der Stellung des Bundeskanzlers)

5. Einblick in die Strukturprinzipien, die die Funktionsweise des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland bestimmen

Bundesstaatlichkeit
 Demokratisches Prinzip
 Rechtsstaatlichkeit

6. Kenntnis des Sachverhalts, daß das Zusammenleben im politischen Raum durch Spannungsverhältnisse gekennzeichnet ist, die aus Wertsetzungen und historischen Gegebenheiten erwachsen

Das Spannungsverhältnis Selbstbestimmung – Herrschaft (Selbstbestimmung: Legitimation der zeitlich begrenzten Machtausübung durch Wahlen; Herrschaft: Bürokratisierungs- und Oligarchisierungstendenzen)

Das Spannungsverhältnis Individualinteresse – Gruppeninteresse – Gemeinwohl (Problem der Organisierbarkeit der Interessen)

Das Spannungsverhältnis Freiheit – Gleichheit

Das Spannungsverhältnis Partizipation – Nichtpartizipation

Unterrichtsverfahren**Lernzielkontrollen**

- Vergleich der Wahl des Reichspräsidenten mit der des Bundespräsidenten

Lehrervortrag

Lehrervortrag

Unterrichtsgespräch:

Zusammenhang zwischen den dargelegten historischen Bedingungen und den Entscheidungen des Parlamentarischen Rates

Unterrichtsgespräch:

Analyse von konkreten politischen Fällen unter Zugrundelegung der einschlägigen Artikel des Grundgesetzes

z. B.

- Gesetzgebungsvorgänge
- Regierungsbildung
- Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern

Unterrichtsgespräch:

Auswertung der Erkenntnisse des LZ 4

Begriffsdefinitionen, ausgehend von Klassikertexten; Arbeit mit Lexika

Fallanalysen

Textanalyse (wissenschaftliche Texte; allgemeine politische Informationen)

Darzustellen an einem Beispiel der Einflußnahme von Verbänden auf die politischen Entscheidungsträger

Darzustellen an einem Beispiel aus der Grundrechtsdiskussion

Auseinandersetzung mit den Thesen von Schelsky

Darzustellen an aktuellen Beispielen, wie:

- Forderungen nach Basisdemokratie, imp. Mandat einerseits
- und Erscheinungen politischer Apathie andererseits

1. Einleitend, daß die Strukturprinzipien des Grundgesetzes die Ausprägung der Spannungsverhältnisse ermöglichen sollen. In ihm und nicht in der Grundgesetzgebung vor. Die Grundgesetzgebung ist ein Transparenz- und Kontrollorgan.

Interpretation von Urteilen des BVerfG im Hinblick auf die ordnungspolitischen Entscheidungen des Parlamentarischen Rates

Auswertung von Transferbeispielen

Diskussion des Themas:

Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit

Herausarbeitung der Strukturprinzipien aus Texten

Auswertung von Transferbeispielen, Auswertung von Transfertexten

Diskussion des Themas:

Folgen der Verabsolutierung eines Prinzips

Lernziele	Lerninhalte
7. Einsicht, daß die Strukturprinzipien des Grundgesetzes die Austragung der Spannungsverhältnisse ermöglichen sollen	<p>Die Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtsstaatlichkeit (Freiheitssicherung, Rechtsgleichheit, Gewaltenteilung als Prinzip, Gesetzesstaatlichkeit) - Bundesstaatlichkeit (zur Sicherung der staatlichen Vielfalt als Element der funktionalen Gewaltenteilung) - demokratisches Prinzip (Repräsentation, Legitimation der Machtträger durch Wahl, parlamentarisches Regierungssystem, Pluralismus, Gewaltenteilung) - Sozialstaatlichkeit
8. Einblick in die Diskussion um die Verbesserung der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der grundlegenden Verfassungsnormen	<p>Änderung im Bund-Länder-Verhältnis</p> <p>Änderungen bei Parlament und Regierung</p> <p>Änderungen von Wahl- und Abstimmungsverfahren</p>
9. Überblick über Spannungsverhältnisse, wie sie sich aus einer Betrachtung der in der DDR geltenden Ordnungsvorstellungen ergeben	
9.1 Einblick in den Versuch, das Spannungsverhältnis zwischen Herrschaft und Selbstbestimmung zu lösen	<p>Beispiel der Herrschaftsbestellung: Rolle der Wahlen Primat der Einheitspartei Blockparteien Demokratischer Zentralismus „Identitätsprinzip“</p>
9.2 Einblick in den Versuch, das Spannungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit zu lösen	<p>Politisierung aller Bereiche Marxistische Interpretation des Verhältnisses von Freiheit und Gleichheit</p>
9.3 Einblick in den Versuch, das Spannungsverhältnis von Individualinteressen – Gruppeninteressen – Gemeinwohl zu lösen	<p>Postulat von der Übereinstimmung des Individualinteresses mit dem Gemeinwohl Gemeinwohl a priori Kein Pluralismus</p>

Unterrichtsverfahren**Lernzielkontrollen**

Lehrervortrag:

Die Demokratiediskussion im Rahmen der Grundgesetzberatung

Unterrichtsgespräch:

Untersuchung, inwieweit die Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Austragung der Spannungsverhältnisse dienen; Beziehung auf konkrete Beispiele

Begriffsklärung unter Zuhilfenahme von Lexika;

Nachweis der Interdependenz der Prinzipien anhand der oben gewählten Beispiele;
Aufstellen einer Übersicht

Zu erarbeiten in Anlehnung an die Ergebnisse des 1. Kurshalbjahres;
Erörterung der unterschiedlichen Interpretation des Sozialstaatsprinzips;
Diskussion der These: Gefahren des Wohlfahrtsstaates

Beispielhafte Erarbeitung

- Zusammenstellung der wichtigsten Argumente aus der Föderalismusdiskussion
- Zusammenstellung der wichtigsten Gesichtspunkte zur Parlamentsreform
- Diskussion der Möglichkeit einer stärkeren Beteiligung der Bürger bei der Kandidatenaufstellung (z. B. Vorwahlen)

Vergleich mit den Ergebnissen von LZ 6 und 7

Darzustellen im Vergleich mit den entsprechenden Verhältnissen der Bundesrepublik
Unterrichtsgespräch

Gruppenarbeit (Auswertung von Verfassungstexten)

s. o.

s. o.

Herausarbeitung der Prinzipien und ihrer Interdependenzen anhand von Transferbeispielen

Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse

Diskussion des Themas: Lösbarkeit oder Austragungsnotwendigkeit von Spannungsverhältnissen

Wiedergabe der Unterrichtsergebnisse

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses

Auswertung von Transfertexten:

- Artikel der Verfassung der DDR
- regierungs- und parteiamtliche Verlautbarungen der DDR

Auswertung von Klassikertexten (Rousseau, Lenin)

Lernziele	Lerninhalte
10. Einsicht, daß die unterschiedlichen Ordnungen der Verwirklichung unterschiedlicher Werte dienen sollen	Unterschiedliches Freiheitsverständnis in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR
11. Einsicht, daß das unterschiedliche Freiheitsverständnis auf unterschiedlichen Menschenbildern beruht	<p>Das aus der historischen Erfahrung gewonnene Menschenbild: Persönlichkeit in der Spannung zwischen Individualität und Sozialität</p> <p>Das Menschenbild des Marxismus: Die materialistische Bestimmtheit der Veränderbarkeit des Menschen; der historisch-gesellschaftlich deformierte Mensch</p>

3. Kurshalbjahr

Sachbereich: Der politische Prozeß

Lernziele	Lerninhalte
Teil I: Pluralismus als Strukturprinzip freiheitlicher Demokratie	
1. Einsicht, daß die Respektierung der Pluralität von Interessen, Meinungen und Wertvorstellungen eine unabdingbare Voraussetzung freiheitlicher Demokratie ist	<p>Menschenwürde und Freiheit (GG Art. 1)</p> <ul style="list-style-type: none"> – individuelle soziale und politische Artikulationsrechte (Art. 5 und 8 GG) – politische und soziale Organisationsrechte (Art. 8, 9, 21 GG) u. a. Bürgerinitiativen
2. Einblick in die Struktur des politischen Prozesses	<p>Träger des politischen Prozesses (Parlament, Regierung und Verwaltung, Parteien, organisierte und nichtorganisierte Interessen)</p> <p>Autonomie und Interdependenz Interaktionen</p>
3. Einblick in die Bedeutung der Medien als Vermittler im politischen Prozeß	<p>Kommunikationsfreiheit (Art. 5 GG)</p> <p>Information und Kommentar</p>

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Auswertung der Ergebnisse von LZ 2 und 9	Erstellen einer vergleichenden Übersicht: Grundwerte und Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR
Auswertung von Gerichtsurteilen aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur Auslegung von Grundrechten	Diskussionsthemen: Die beiden politischen Ordnungen, gemessen an: – der Anerkennung von Interessenkonflikten – der Möglichkeit einer individuellen und gewaltlosen Austragung von Interessenkonflikten
Auswertung von Klassikertexten	Auffinden der Wesenszüge der Menschenbilder in Transfertexten
Vergleichende Gegenüberstellung der Ergebnisse	

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Unterrichtsgespräch	
Fallanalyse	Anwendung auf Beispiele
Lehrervortrag	Ergebnisprotokoll
Erstellen einer Modellskizze	
Unterrichtsgespräch Kurzreferate	Vergleich eines Berichts und eines Kommentars

Lernziele

Lerninhalte

Teil II: Die unterschiedliche Rolle von Verbänden und Parteien im politischen Prozeß

- | | |
|---|---|
| <p>1. Kenntnis der Tatsache unterschiedlicher Normierungen für den politischen Prozeß</p> | <p>Unterschiedlich starke Normierungen für</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Kommunikationssystem - das politische Handeln des einzelnen - Verbände - Parteien - Staatsorgane |
| <p>2. Einblick in Funktionen der Verbände</p> | <p>Funktionen der Verbände:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Artikulation - Aggregation - Selektion <p>} von sektoralen Interessen</p> <p>als Beitrag zur Integration des politischen Systems durch Kommunikation und Partizipation</p> |
| <p>3. Einsicht, daß Verbandseinfluß auf die Politik die Interdependenz von Staat und Gesellschaft sichert</p> | <p>Adressaten des Verbandseinflusses</p> <ul style="list-style-type: none"> - Regierung - Verwaltung - Parlament - Parteien |
| <p>4. Einblick in die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Verbandspluralismus</p> | <p>Überrepräsentation „mächtiger“ Interessen
Vernachlässigung nicht konfliktfähiger (Forsthoff: Jedermanns-Interesse) oder nicht organisationsfähiger Interessen</p> |
| <p>5. Einsicht in die Notwendigkeit politischer Entscheidung</p> | <p>Individual- bzw. Gruppeninteresse und politische Ordnungskonzeption</p> |
| <p>6. Kenntnis der Rolle der Parteien als Agenten politischer Zielvorstellungen</p> | <p>Parteiprogramme als politische Gemeinwohlperspektiven</p> |
| <p>7. Einsicht in die im Vergleich zu den Verbänden umfassendere Funktion der Parteien</p> | <p>Sonderstellung der Parteien nach Art. 21 GG</p> |
| <p>8. Überblick über die besonderen Aufgaben politischer Parteien</p> | <p>§ 1 Parteiengesetz</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kandidatenaufstellung - Programme (Aussagen) - ständige Vermittlung zwischen Bürgern und Institutionen - Einbringung von Zielen in den politischen Willensbildungsprozeß |
| <p>9. Kenntnis der normativen Regelungen innerparteilicher Demokratie</p> | <p>Grundgesetz
Parteiengesetz</p> |

Unterrichtsverfahren	Lernziele	Lernzielkontrollen	Lernziele
Analyse von Artikeln der Verfassung		Ergebnisprotokoll	
Fallanalyse Lehrervortrag		Ergebnisprotokoll	
Erstellung einer Modellskizze Kurzreferate Problemdiskussion		Diskussionsbeiträge	
Auswertung wissenschaftlicher Literatur		Protokoll	
Problemdiskussion		Diskussionsbeiträge	
Analyse von Parteiprogrammen		Analyse eines weiteren Textes	
Unterrichtsgespräch: Auswertung von Art. 21 GG Lehrervortrag		Vergleich mit der verfassungsrechtlichen Stellung der Parteien in der Weimarer Republik	
Unterrichtsgespräch		Protokoll	
Unterrichtsgespräch Textanalyse		Analyse von Sätzen	

Lernziele	Lerninhalte
10. Einsicht in Probleme innerparteilicher Demokratie	Organisationsstruktur Basis und Führung
11. Einsicht in die Grenzen des Parteeinflusses und die Balance von Autonomie und Interdependenz	Rechtsstaatlichkeit Amtsgedanke und parteipolitische Infiltration der Ämterordnung Politischer Prozeß als Legitimationsprozeß Zusammenhang von Integration und Legitimität
Teil III: Die Wahl	
1. Einsicht in die besondere Bedeutung der Wahl für den politischen Prozeß	Partizipation Legitimation der Herrschaft Kontrolle der Herrschaft
2. Kenntnis des Wahlsystems der Bundesrepublik Deutschland	Bundeswahlgesetz
3. Einblick in Zusammenhänge von Wahlrecht und Parteiensystem	Weltanschauungsparteien, Interessenparteien, Volksparteien im Zusammenhang mit dem Problem von Meinungsmessung oder Willensbildung durch Wahlen
Teil IV: Parlament, Regierung und Opposition im politischen Prozeß	
1. Einsicht in Probleme der Legitimation	Parlament und Öffentlichkeit – Kommunikationsfunktion des Abgeordneten: freies Mandat und Parteibindung (Art. 21 und 38 GG; Dominanz und Grenzen der Fraktionen; Rechte des Abgeordneten) in Abgrenzung vom imperativen Mandat; – oder Transparenz des Verfahrens Rechtsbindung und rechtsstaatliches Verfahren (ausgewählte Kompetenz- und Verfahrensnormen des Parlaments)
2. Einblick in Probleme, die sich aus der Spannung von Effizienz und Transparenz der Parlamentsarbeit ergeben	Arbeitsparlament Redeparlament Mischform
3. Kenntnis der Funktionen des Bundestags	Gesetzgebung und Haushalt Kontrolle Repräsentation (Öffentlichkeitsfunktion) Regierungsbildung als definierendes Kriterium des parlamentarischen Regierungssystems

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Verbalisierung eines Schaubildes Referate Fallanalyse Problemdiskussion Lehrerreferat Textanalyse Problemdiskussion	Anwendung auf einen anderen Fall Diskussionsbeiträge Thesenbildung Diskussionsbeiträge
Fallanalyse	Vergleich: Wahlen in der DDR
Referate	Protokoll
Lehrerreferat	Vergleich der Koalitionsbildung in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland
Erstellen von Modellskizzen; Lehrerreferat Fallanalysen	Anwendung auf einen anderen Fall
Bundestag/Bayer. Landtag Auswertung von GG und GO im Unterrichtsgespräch Problemdiskussion	Diskussionsbeiträge
Lehrervortrag	Protokoll
Referat	Protokoll
Unterrichtsgespräch	

Lernziele	Lerninhalte
4. Kenntnis der wichtigsten normativen Merkmale des parlamentarischen Regierungssystems	Regierungsbildung durch das Parlament Balance von Auflösungsrecht der Regierung und Amtsenthebungsrecht des Parlaments Kompatibilität von Amt und Mandat Kompetenzkonkurrenz in der Gesetzgebung von Parlament und Regierung
5. Kenntnis der verfassungspolitischen Konsequenzen parlamentarischer Regierungsbildung	Regierung (Kabinetts) als politische Führung der Verwaltung Personelle Identität von Regierungsmitgliedern und Führungspersonal der Regierungspartei(en) Politische Identität von Regierungs- und Mehrheitsprogramm
6. Kenntnis der verfassungspolitischen Funktion der Opposition als Gegengewicht zur regierenden Mehrheit	Kritik Kontrolle Alternative
7. Fähigkeit zur Problematisierung der Oppositionsfunktionen	Integrationsleistung von Opposition Probleme der Oppositionsstrategie: – Konkurrenz und Kooperation – Alternative: personell/politisch Strukturierung des politischen Prozesses durch Oppositionsfreiheit (Zwang zu öffentlicher Begründung und Verantwortung von Regierungspolitik; Machtwechselchance)
8. Einblick in die Problematik der Balance parlamentarischer Entscheidungsfreiheit (Autonomie) und Rückbindung an die nichtorganisierten Interessen (Interdependenz)	Gesetzgebungsprojekt

Unterrichtsverfahren

Lernzielkontrollen

Lehrervortrag

Fallanalysen

Lehrervortrag

Fallanalyse

Anwendung auf einen anderen Fall

Referate

Analyse wissenschaftlicher Texte im Unterrichtsgespräch

Thesenbildung
(Gewaltenhemmung)

Auswertung von:

- Parlamentsprotokollen („Das Parlament“)
- Zeitungsartikeln
- Statistiken
- wissenschaftlicher Literatur

Debatte

Lehrervortrag

Protokoll

4. Kurshalbjahr

Sachbereich: Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des westlichen Sicherheitssystems

Lernziele	Lerninhalte
1. Einsicht, daß Sicherheitspolitik eine Reaktion auf internationale Konflikte darstellt	Die westliche Sicherheitspolitik als Reaktion auf den Ost-West-Konflikt <ul style="list-style-type: none">– die historischen und ideologischen Ursachen des Ost-West-Konflikts– die Anfänge westlicher Sicherheitspolitik
2. Kenntnis der wesentlichen Ziele von Sicherheitspolitik	Sicherung territorialer Integrität Bewahrung der eigenen Grundordnung Friedenssicherung am Beispiel westlicher Sicherheitspolitik
3. Einblick in die Institutionalisierung der NATO als Beispiel für Realisierung von Sicherheitspolitik	Gründung und Aufbau der NATO
4. Kenntnis der Rolle eines Bündnispartners innerhalb eines kollektiven Verteidigungssystems	<ul style="list-style-type: none">– Eingliederung nationaler Streitkräfte in das Bündnis– Unterordnung unter supranationale Führung– Erfüllung besonderer Aufgaben im Rahmen der gemeinsamen Verteidigungskonzeption am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

Unterrichtsverfahren

Lehrervortrag:

Die Expansion als integraler Bestandteil der marxistischen Ideologie

Vergleichende Analyse geopolitischer Karten von 1916 bis heute (Folieneinsatz)

Erstellen von Statistiken:

Zuwachs an:

• Fläche,

Menschen,

Material

Analyse von Aussagen führender westlicher Politiker und Militärs zur kommunistischen Expansion

z. B. Truman,

Clay,

Eisenhower,

Churchill,

Adenauer

Problemdiskussion

Quellenanalyse (siehe Spalte Unterrichtsverfahren zum Lernziel 1!)

Analyse der Gründungsurkunde der NATO und des NATO-Vertrages

Besprechung des Aufbaus der NATO mit Hilfe von Overlay-Folien

Analyse von programmatischen Reden und Aufsätzen

zur Gründung der Bundeswehr

– zur Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Sicherheitssystem

Erarbeitung der Rolle der Bundeswehr aus einem Organisationsschema der NATO

Lernzielkontrollen

Untersuchung eines marxistischen Textes aus der UdSSR oder einem Satellitenstaat im Hinblick auf die Vorstellung von der Expansion

Vergleich der Absichten Peters des Großen mit der Territorialpolitik der UdSSR von 1939–1952

Erstellung eines Thesenpapiers

Diskussionsbeiträge

Protokoll
Thesenpapier

Ergebnisprotokoll

Thesenpapier

Überprüfung, inwieweit die Rolle der Bundeswehr im Grundgesetz ihren Niederschlag gefunden hat

Lernziele

Lerninhalte

5. Bewußtsein, daß die Bedeutung eines Bündnispartners von innerstaatlichen Faktoren abhängt

– geographische Lage
 – historisches Erbe
 – wirtschaftliche Potenz
 am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

6. Einsicht, daß Veränderungen der internationalen Konfliktlage zum Wandel von Sicherheitspolitik führen können

Darzustellen am Beispiel westlicher Sicherheitspolitik:
 Wandel der Verteidigungskonzeptionen der NATO in Abhängigkeit von
 – der Änderung der sowjetischen Taktik
 – der Veränderung der weltpolitischen Situation

7. Einsicht, daß bündnisinterne Veränderungen zu Faktoren des Wandels der Sicherheitspolitik werden können

Politische und wirtschaftliche Veränderungen bei einem Bündnispartner
 Veränderung des Verhältnisses der Bündnispartner zueinander als Faktoren für den Wandel der Sicherheitspolitik am Beispiel der NATO

8. Einsicht in die Bedeutung blockübergreifender Vereinbarungen für die Sicherheitspolitik

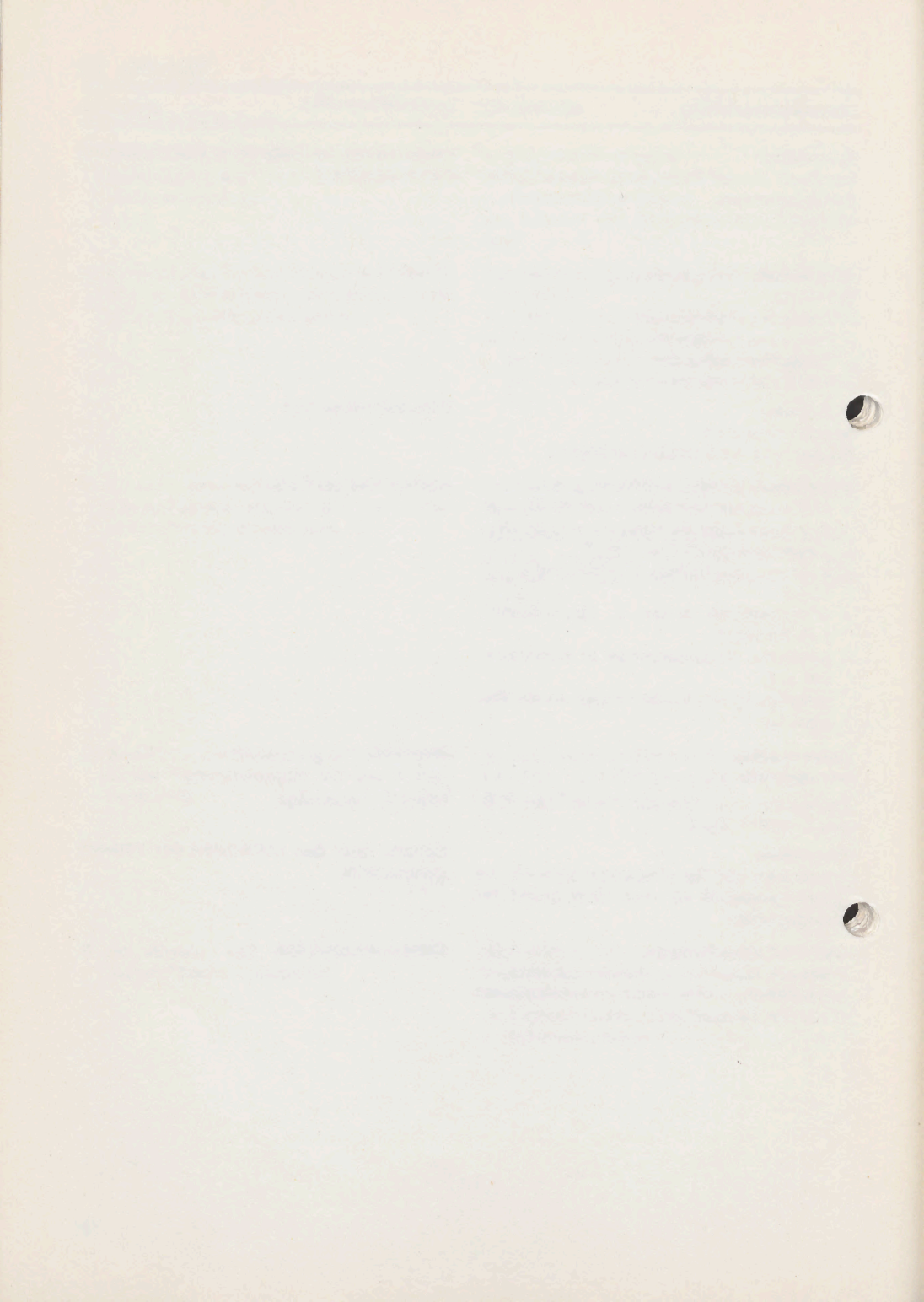
Möglichkeiten und Grenzen von Sicherheitsverträgen und Rüstungsvereinbarungen an je einem Beispiel

9. Bewußtsein, daß Außenpolitik sicherheitspolitische Aspekte hat

Sicherheitspolitische Aspekte von
 – Entwicklungshilfe
 – Integrationspolitik
 – Wirtschaftsabkommen
 – Kulturabkommen

Unterrichtsverfahren	Lernzielkontrollen
Kurzreferate Vergleich mit der Bedeutung eines anderen Bündnispartners	Vergleich mit der Bedeutung eines weiteren Bündnispartners
Kurzreferate zu Verteidigungskonzeptionen der NATO – Politik des Containment – Politik des rollback – Politik des Status quo – Politik der Vereinbarungen	Protokoll
Diskussion: Aktion – Reaktion Problematik der Verhältnismäßigkeit	Diskussionsbeiträge
Kurzreferate und Unterrichtsgespräch zu: – Änderung der Konzeption der NATO unter dem Einfluß der Nichterneuerung des Natovertrages durch Frankreich – Spannungsverhältnis Griechenland – Türkei – wirtschaftliche Krisen in Einzelstaaten, z. B. Portugal – politische Veränderungen in Einzelstaaten, z. B. Beteiligung von Kommunisten an der Regierung	Analyse anderer Fälle
Lehrervortrag: Vertragsziele	Protokoll
Diskussion kontroverser Texte zu: z. B. SALT, MBFR, KSZE	Diskussionsbeiträge
Diskussion: Stellenwert der Verteidigungspolitik für die Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund der Vertragspolitik	Debatte über den Stellenwert der Verteidigungspolitik
Diskussion des Themas: Inwieweit fördern oder gefährden diese außenpolitischen Abkommen und Maßnahmen die Sicherheitspolitik?	Diskussionsbeiträge

Lernziele	Lernstoffinhalte	Lernaktivitäten	Lernaktivitäten
Vergleich mit Bedeutung eines anderen Bündnisses vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Lage	Vergleich mit der Bedeutung eines anderen Bündnisses unter schillerischer -	- egal wichtigste -	Kurzformate Vergleich mit der Bedeutung eines anderen Bündnisses unter schillerischer - - Formale Zusammenfassung der Inhalte mit dem Inhalt
6. Einleitend: Begründung des Inhalts des Protokolls zur Entwicklung der NATO	Protokoll zur Entwicklung der NATO	- NATO	Kurzformate - NATO
7. Einleitend: Begründung des Inhalts des Protokolls zur Entwicklung der NATO	Protokoll zur Entwicklung der NATO	- NATO	Kurzformate - NATO
8. Einleitend: Begründung des Inhalts des Protokolls zur Entwicklung der NATO	Protokoll zur Entwicklung der NATO	- NATO	Kurzformate - NATO
9. Einleitend: Begründung des Inhalts des Protokolls zur Entwicklung der NATO	Protokoll zur Entwicklung der NATO	- NATO	Kurzformate - NATO
10. Einleitend: Begründung des Inhalts des Protokolls zur Entwicklung der NATO	Protokoll zur Entwicklung der NATO	- NATO	Kurzformate - NATO
11. Einleitend: Begründung des Inhalts des Protokolls zur Entwicklung der NATO	Protokoll zur Entwicklung der NATO	- NATO	Kurzformate - NATO
12. Einleitend: Begründung des Inhalts des Protokolls zur Entwicklung der NATO	Protokoll zur Entwicklung der NATO	- NATO	Kurzformate - NATO
13. Einleitend: Begründung des Inhalts des Protokolls zur Entwicklung der NATO	Protokoll zur Entwicklung der NATO	- NATO	Kurzformate - NATO
14. Einleitend: Begründung des Inhalts des Protokolls zur Entwicklung der NATO	Protokoll zur Entwicklung der NATO	- NATO	Kurzformate - NATO
15. Einleitend: Begründung des Inhalts des Protokolls zur Entwicklung der NATO	Protokoll zur Entwicklung der NATO	- NATO	Kurzformate - NATO



**Erarbeitet im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus unter
Förderung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft**

Sonderdruck

**aus Band III der Reihe
„Kollegstufe.
Die neugestaltete
gymnasiale Oberstufe
in Bayern“**